

Kreisblatt für den Kreis Gießen.

Nr. 3

8. Januar

1915

Betr.: Die Verpflichtung der Ausländer.

An Grohh. Polizeiamt Gießen, sowie die Ortspolizeibehörden des Kreises.

Nach der neuerdings in dem stellvertretenden Generalkommando des XVIII. Armee-Korps getroffenen Änderungen dürfen den feindlichen Ausländern ihre Pässe wieder ausgehändigt werden. Die Ausgehändigung darf jedoch erst dann erfolgen, wenn der Pass den Anforderungen des § 3 der im Kreisblatt Nr. 81 vom 29. Dezember 1914 abgedruckten Verordnung über die anderweite Regelung der Verpflichtung entspricht und der Vermerk über den jeweiligen Aufenthaltsort des Inhabers eingetragen ist.

Zum übrigen hat das stellvertretende Generalkommando nach § 2 der angezogenen Verordnung bestimmt, daß:

1. von der Forderung des Besizes eines Passes bei den im Inland bereits befindlichen ausländischen Arbeitern bis auf weiteres davon Abstand genommen wird, wenn und solange die betreffenden Arbeiter im Besitze der von der deutschen Arbeiterzentrale ausgestellten gültigen Inlands-Legitimationskarte sind und

2. Andere Ausländer, denen die Beschaffung eines Passes nicht möglich ist, sich von uns einen schriftlichen Ausweis ausstellen lassen müssen.

Sie wollen dementsprechend verfahren und uns vor allem berichten, welche Ausländer nicht im Besitze eines Passes oder einer von der deutschen Arbeiterzentrale ausgestellten gültigen Inlands-Legitimationskarte sind und ev. warum nicht. Gleichzeitig sind die nach § 3 der oben genannten Verordnung erforderlichen Unterlagen zu beschaffen und uns vorzulegen, damit wir gegebenenfalls die vorschriftsmäßigen Ausweise ausstellen können.

Als Ausländer im Sinne vorstehender Verfügung gelten auch alle diejenigen Personen, die eine Staatsangehörigkeit überhaupt nicht besitzen.

Gießen, den 4. Januar 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Die Zahlungsverbote gegen England, Frankreich und Rußland.

Die nachstehende Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 20. v. Mts. wird hiermit veröffentlicht.

Gießen, den 3. Januar 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

Bekanntmachung.

betreffend die Zahlungsverbote gegen England, Frankreich und Rußland. Vom 20. Dezember 1914.

Auf Grund des § 7 Abs. 1 der Verordnung, betreffend Zahlungsverbot gegen England, vom 30. September 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 421) und des Artikel 1 der Bekanntmachungen, betreffend Zahlungsverbot gegen Frankreich und gegen Rußland, vom 20. Oktober und vom 19. November 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 443 und 479) wird folgendes bestimmt:

Die gegen England, Frankreich und Rußland erlassenen Zahlungsverbote (§ 1 der Verordnung vom 30. September 1914, Reichs-Gesetzbl. S. 421; Artikel 1 der Bekanntmachungen vom 20. Oktober und vom 19. November 1914, Reichs-Gesetzbl. S. 443 und 479, in Verbindung mit § 1 der genannten Verordnung) gelten nicht für Zahlungen aus einem Schuldverhältnisse gegenüber einem im feindlichen Ausland ansässigen Unternehmen, sofern die Zahlung an einen Deutschen erfolgt, der Inhaber oder Teilhaber des Unternehmens ist und anlässlich des Krieges das feindliche Ausland verlassen hat.

Berlin, den 20. Dezember 1914.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
Deibrand.

Bekanntmachung.

Betr. Höchstpreise für Erzeugnisse aus Kupfer, Messing und Aluminium.

Die nachstehende Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 28. v. Mts. wird hiermit veröffentlicht.

Gießen, den 3. Januar 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

Bekanntmachung.

über die Festsetzung von Höchstpreisen für Erzeugnisse aus Kupfer, Messing und Aluminium.

Vom 28. Dezember 1914.

Auf Grund von § 8 der Verordnung des Bundesrats über Höchstpreise für Kupfer, altes Messing, alte Bronze, Rotguss, Aluminium, Nickel, Antimon und Zinn vom 10. Dezember 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 501) wird folgendes bestimmt:

Der Preis für 100 Kilogramm darf nicht übersteigen bei:

Kupferwalzdraht 208 M.,
unverzinstem gezogenen runden Kupferdraht mit einem Durchmesser von mindestens 1,4 Millimeter 225 M.,
runden Kupferstangen mit einem Durchmesser von mindestens 13 Millimeter 235 M.,

Kupferblech von mindestens 1,4 Millimeter Stärke, in normalen Fabrikationsstufen bis höchstens 1 Meter Breite 240 M.,
gezogenem, unverzinstem Kupferrohr mit einem inneren Durchmesser von 20 bis 100 Millimeter und einer Wandstärke von mindestens 3 Millimeter, in Fabrikationslängen 260 M.,
Messingstangen, in handelsüblicher Beschaffenheit, mit einem Kupfergehalt unter 60 Prozent und einem Durchmesser von mindestens 13 Millimeter, in Fabrikationslängen 175 M.,
Messingblech, in handelsüblicher Beschaffenheit, mit einem Kupfergehalt unter 64 Prozent, mindestens 1 Millimeter stark und höchstens 1 Meter breit, in Fabrikationsstufen 100 M.,
blankgezogenen, unverzinsten Messingrohren, in handelsüblicher Beschaffenheit, mit einem Kupfergehalt unter 64 Prozent, mit einem äußeren Durchmesser von 20 bis 100 Millimeter und einer Wandstärke von mindestens 3 Millimeter 235 M.,
runden Aluminiumstangen, mit einem Durchmesser von mindestens 13 Millimeter 370 M.,
Aluminiumblech, mit einem Durchmesser von mindestens 1,4 Millimeter 370 M.,

Aluminiumblech, in einer Stärke von mindestens 1 Millimeter, in Fabrikationsstufen 385 M.,

Aluminiumblech, in einer Stärke von mindestens 0,5 Millimeter, in Fabrikationslängen 400 M.

Diese Bestimmungen treten am 2. Januar 1915 in Kraft.

Berlin, den 28. Dezember 1914.

Der Reichskanzler.

Im Auftrage: Richter.

Bekanntmachung.

Betr.: Den Erlaß eines Gesetzes über das Außerkrafttreten von Vorschriften der Städte- und Landgemeindeordnung.

Das in Abdruck nachstehende Gesetz wird hiermit veröffentlicht, Gießen, den 5. Januar 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

Gesetz, das Außerkrafttreten von Vorschriften der Städte- und Landgemeindeordnung betreffend.

Vom 19. Dezember 1914.

Ernst Ludwig von Gottes Gnaden Großherzog von Hessen und bei Rhein usw. usw.

Wir haben uns bewogen gefunden, mit Zustimmung Unserer getreuen Stände zu verordnen, was folgt:

Artikel I.

Während der Gültigkeitsdauer dieses Gesetzes treten die Artikel 44 und 45 des Gesetzes, die Städteordnung betreffend, vom 8. Juli 1911 und die Artikel 44 und 45 des Gesetzes, die Landgemeindeordnung betreffend, vom 8. Juli 1911 außer Kraft.

Die bei der nächsten, hiernach aufgeschobenen ordentlichen Ergänzungswahl gewählt werden den Stadtverordneten und Gemeinderatsmitglieder gelten als zu dem Zeitpunkte gewählt, zu dem diese Wahl nach den Vorschriften des Artikels 44 des Gesetzes, die Städteordnung betreffend, vom 8. Juli 1911 und des Artikels 44 des Gesetzes, die Landgemeindeordnung betreffend, vom 8. Juli 1911 vorzunehmen gewesen wäre. Die Gewählten treten ihr Amt alsbald an.

Artikel II.

Während der Gültigkeitsdauer dieses Gesetzes erhalten in Artikel 75, Absatz 2 des Gesetzes, die Landgemeindeordnung betreffend, vom 8. Juli 1911 die Worte: „jedoch nicht länger als sechs Monate“ den Zusatz: „nach erfolgter Aufhebung des gegenwärtigen Kriegszustandes“.

Artikel III.

In Artikel 104, Absatz 1, Satz 1 des Gesetzes, die Städteordnung betreffend, vom 8. Juli 1911 werden die Worte: „gesetzlichen Zahl der“ durch das Wort „ortsanwesenden“ ersetzt.

In Artikel 104, Absatz 1, Ziffer 1 des Gesetzes, die Landgemeindeordnung betreffend, vom 8. Juli 1911 werden die Worte:

„im Amt befindlichen“ durch das Wort: „ortsanweisenden“ ersetzt und das Wort: „die“ vor dem Worte: „Beigeordneten“ gestrichen.
In Artikel 165, Absatz 2 des Gesetzes, die Landgemeindeordnung betreffend, vom 8. Juli 1911 werden in der vierten Zeile hinter dem Worte: „Kontrolleur“ die Worte: „oder der von dem Bürgermeister ernannte Stellvertreter“ eingeschaltet.

Artikel IV.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung im Regierungsblatt in Kraft.

Es tritt mit Ausnahme des Artikels I, Absatz 2 außer Kraft mit dem Ablauf von sechs Monaten vom Tage der erfolgten Aufhebung des gegenwärtigen Kriegszustandes an gerechnet.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigebrachten Großherzoglichen Siegels.

Darmstadt, den 19. Dezember 1914.

Auf Grund Allerhöchster Vollmacht
Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs,
(L. S.) Eleonore. von Homberg.

An den Oberbürgermeister der Stadt Gießen und an die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Wir verweisen auf die Vorschriften des vorstehend abgedruckten Gesetzes und empfehlen Ihnen, die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung bzw. des Gemeinderats hiervon in Kenntnis zu setzen.

Gießen, den 5. Januar 1915.
Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Ufinger.

Betr.: Nachricht über den Aufenthalt verwundeter oder erkrankter österreichischer Militärpersonen im Lande.

An das Großh. Polizeiamt Gießen und an die Ortspolizeibehörden des Kreises.

Wir beauftragen Sie, uns sofort Bericht zu erstatten, wenn eine verwundete oder erkrankte österreichische Militärperson in Ihrer Gemeinde zugezogen ist. Gleichzeitig ist hierbei anzugeben, ob sich diese Person im Besitze einer Urlaubsbefreiung nach Deutschland befindet.

Gießen, den 4. Januar 1915.
Großherzogliches Kreisamt (Versicherungsamt) Gießen.
J. B.: Dehler.

Bekanntmachung.

In den Landgemeinden des Kreises Gießen beträgt der auf Grund der §§ 149 ff. der R.V.O. festgesetzte Ortslohn gewöhnlicher Tagelöhner bis zum 31. Dezember d. Js. für Versicherte über 21 Jahre, männliche 3 Mark, weibliche 2 Mark; Versicherte von 16—21 Jahren, männliche 2,50 Mark, weibliche 1,60 Mark; Versicherte unter 16 Jahre 1,50 Mark, weibliche 1,30 Mark.

Gießen, den 6. Januar 1915.
Großherzogliches Kreisamt (Versicherungsamt) Gießen.
J. B.: Dehler.

Betr.: Krankenversicherung der unständig Beschäftigten.

An die Großh. Bürgermeisterien der örtlichen Melde- und Bahlstellen der Allgemeinen Ortskrankenkasse und der Land- krankenkasse des Landkreises Gießen.

Die unständig Beschäftigten haben sich selbst behufs Eintragung in das Mitgliederverzeichnis der allgemeinen Ortskrankenkasse oder, sofern sie vorwiegend in der Landwirtschaft beschäftigt sind, in das Mitgliederverzeichnis der Landkrankenkasse anzumelden. Die Meldungen der unständig Beschäftigten haben bei den Meldestellen der beiden Krankenkassen in den Gemeinden des Kreises zu geschehen.

Die Großherzoglichen Bürgermeisterien und die Ausgabestellen für Quittungskarten haben, worauf wir ausdrücklich hinweisen, nach § 144 Abs. 2 R.V.O. die Pflicht, den zuständigen Krankenkassen jeden Versicherungspflichtigen zu melden, der unständig beschäftigt und nicht schon Mitglied einer Krankenkasse ist.

Gießen, den 6. Januar 1915.
Großherzogliches Kreisamt (Versicherungsamt) Gießen.
J. B.: Dehler.

Betr.: Militärpflicht der Volksschullehrer.

An die Schulpflichtigen des Kreises.

Diejenigen jungen Lehrer, die bei dem z. Bt. stattfindenden Aushebungsgeschäft für militärdiensttauglich befunden wurden, sind zur sofortigen Anzeige hierüber zu veranlassen.

Gießen, den 5. Januar 1915.
Großherzogliche Kreiskommission Gießen.
J. B.: Dehler.

Nachstehende Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 5. Dezember 1913 — Zentralblatt für das Deutsche Reich Nr. 60 Seite 1220 — bringen wir hiernit zur allgemeinen Kenntnis.

Gießen, den 7. Januar 1915.
Großherzogliches Kreisamt (Versicherungsamt) Gießen.
J. B.: Dehler.

Bekanntmachung

betreffend Ausführung der Reichsversicherungsordnung.

(Vom 5. Dezember 1913.)

Auf Grund des § 519 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung hat der Bundesrat bestimmt:

Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit, denen eine Bescheinigung nach § 514 Absatz 2 der Reichsversicherungsordnung als Ersatzklassen erteilt worden ist, wird, wenn sie dies bei dem Reichsamt des Innern beantragen, gemäß § 519 Absatz 2 die Befugnis übertragen, statt der Versicherungspflichtigen, die als Mitglieder der Ersatzklasse vom Rechte des § 517 Absatz 1 Gebrauch machen und das Ruhen ihrer eigenen Rechte und Pflichten als Mitglieder der Krankenkasse, in die sie gehören, beantragen wollen, diesen Antrag bei der Krankenkasse zu stellen.

Berlin, den 5. Dezember 1913.
Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
gez.: Dehler.

Betr.: Ausführung der Reichsversicherungsordnung.

An die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Wir haben die Erfahrung gemacht, daß Sie den § 18 der Bekanntmachung vom 22. September 1913 (siehe Regierungsblatt 1913 Nr. 22 Seite 182) nicht genügend beachten und bringen deshalb diese Bestimmung sowie unser Amtsblatt ohne Nr. vom 24. Oktober 1913 in Erinnerung.

Gießen, den 6. Januar 1915.
Großherzogliches Kreisamt (Versicherungsamt) Gießen.
J. B.: Dehler.

Bekanntmachung.

In der Zeit vom 15. bis 31. Dezember 1914 wurden in hiesiger Stadt

gefunden: 1 Puppenkissen und 1 Deckchen — 1 Armband — 1 Brille — 1 Boa — 1 Handtasche — 1 Geldbeutel — 1 Armband mit Uhr und 1 Brille — 1 Kinderpelz — 1 Kindertragen — 1 Uhrkette — 1 goldener Ring mit Stein — 1 Jwider — 1 Samtgürtel.

verloren: 1 Zwanzigmarkschein — 1 silberne Handtasche mit Inhalt — 1 Pelz — 1 Portemonnaie mit Inhalt — 1 Briefumschlag mit Papiergeld — 1 Portemonnaie mit 1,50 Mk. Inhalt — 1 Zwanzigmarkschein — 1 Handbeutel mit Inhalt — 1 Geldbeutel mit 200 Mark (Papier- und Silbergeld).

Die Empfangsberechtigten der gefundenen Gegenstände beilegen ihre Ansprüche alsbald bei uns geltend zu machen.

Die Abholung der gefundenen Gegenstände kann an jedem Wochentag von 11—12 Uhr vormittags und 4—5 Uhr nachmittags bei unterzeichneter Behörde, Zimmer Nr. 1, erfolgen.

Gießen, den 2. Januar 1915.
Großherzogliches Polizeiamt Gießen.
Demmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Feldbereinigung in der Gemarkung Verstadt.

Ich bringe zur öffentlichen Kenntnis, daß nach Beendigung des Feldbereinigungsverfahrens und Abschlusses des Passeweisens durch Entschlebung Großh. Ministeriums des Innern, Abteilung für Landwirtschaft, Handel und Gewerbe, vom 16. Id. Mts. die Vollzugskommission für die obige Feldbereinigung aufgelöst worden ist.

Friedberg, den 24. Dezember 1914.
Der Großherzogliche Feldbereinigungskommissär:
Schnittspahn, Reg.-Rat.

Nachrichten über die Einstellung in Unteroffizierschulen.

1. Die Unteroffizierschulen haben die Bestimmung, junge Leute, die das wehrpflichtige Alter erreicht haben und die sich dem Militärstande widmen wollen, kostenfrei zu Unteroffizieren heranzubilden.

2. Wer in eine Unteroffizierschule aufgenommen zu werden wünscht, hat sich bei dem Bezirkskommando seines Aufenthaltsortes*) oder bei einer Unteroffizierschule (in Treptow a. N. und Weiskensfeld) oder Unteroffizierschule (in Annaburg, Bartenstein, Greifenberg i. Pom., Sigmaringen, Weiskensfeld und Wobslau) persönlich zu melden und hierbei folgende Schriftstücke vorzulegen:

- a) einen von dem Zivilvorstandenden der Ersatzkommission seines Aushebungsbezirks ausgestellten Meldeschein (für eine Unteroffizierschule ausgestellt).
- b) den Konfirmationschein oder einen Ausweis über den Empfang der ersten Kommunion.
- c) etwa vorhandene Schulzeugnisse.
- d) eine amtliche Bescheinigung über die bisherige Beschäftigungsweise, über früher überstandene Krankheiten und etwaige erbliche Belastung.

3. Der Einstellende muß mindestens 17 Jahre alt sein, darf aber das 20. Jahr noch nicht vollendet haben.

*) Den nicht in Gießen ansässigen Freiwilligen empfiehlt es sich, den Tag der Untersuchung beim Bezirkskommando schriftlich, unter Vorlage der nach Ziffer 2 a—d geforderten Zeugnisse zu erfragen.

